

Presse, sowie die der bolschewistischen Gruppe der Sozialdemokratie. Wohl finden die von ihnen ausgesprengten Gerüchte über die deutsche Länderei, um deren willen die Österreicher weiter bauen und bluten müssen, manche Gläubige. Man schimpft auch in der deutschen Presse nach Art gedankenloser Dichter schwärmer auf die "Deutschen", politische Bedeutung kommt dieser Rauungen nicht zu. Von einer Lösung des Bündnisses will auch der stammste deutsche sozialdemokratische Arbeiter nichts wissen, am wenigsten in den Sudetenländern. Der deutschlandseitige Altläng ist also nur ein Großstadtkämpfer, aber selbst in Wien versagt ihm die Mehrheit der Bevölkerung, die im Lager der Christlich-Sozialen steht, dauernde Gefolgschaft.

Den besten Dienst werden die Wohlmeinenden haben und drücken der Reichsgrenze der gemeinsamen Sache leisten, wenn sie die Unarten, Mängel und Schwächen ihrer Landsleute rücksichtlos nennen und tadeln.

Der österreichische Einmarsch in die Ukraine

Eine Erklärung Dr. von Seidlers.

Wien, 28. Februar. Herrenhaus. Ministerpräsident Ritter von Seidler beantwortete die gestern eingebrochene Interpellation Weiskirchner in nachstehender Weise: Weiskirchner rüttelte unter dem Hinweis darauf, daß laut meiner Erklärung im Abgeordnetenhaus vom 22. Februar der Einmarsch österreichisch-ungarischer Truppen in die Ukraine nicht beabsichtigt sei, am gestrigen Tage an mich die Anfrage, welche Maßregeln die Regierung zur Sicherheit des Getreideverkehrs aus der Ukraine getroffen habe. In Beantwortung dieser Anfrage erlaubte ich mir hervorzuheben, daß in dem Zeitpunkt, als ich die erwähnte Erklärung im Abgeordnetenhaus abgegeben die Ehre hatte, allerdings ein Vorgehen unsererseits in der Ukraine nicht in Aussicht genommen war. Wir durften damals mit einer Zuversicht annehmen, daß wir auf Grund des auch in dieser Beziehung vorwaltenden innigen Einvernehmen mit dem Deutschen Kaiser und der Vereinbarungen mit der ukrainischen Regierung unsere Interessen, die, wie die Anfrage sehr zutreffend hervorhebt, sich erst auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung liegen, lediglich im Wege administrativer Maßnahmen ausreichend würden zu wahren vermögen. In letzterer Hinsicht wurde jedenfalls der k. u. k. Regierung sowie der zuständigen militärischen Stellen alles vorgekehrt, um

die Lebensmittelzufuhr

so rasch als möglich in Gang zu bringen. Die Heeresverwaltung stellt Transportmittel und Kräfte zur Wiederherstellung der Verkehrswägen über die trockene Grenze bereit. Ebenso ist für rasche Organisation des Transportes über das Schwarze Meer und die Donau, soweit vorgearbeitet worden, als es überhaupt gelingen kann, ehe wir die Situation in den Händen aus eigenem Augenschein kennen. Auch wurde eine entsprechende Organisation unseres Handels in die Wege geleitet. Sachkundige Firmen, darunter vor allem solche, die in der Ukraine früher tätig waren, werden zur Aufbringung der Übernahme von Waren herangezogen und sollen im Lande mit den dort bestehenden Landwirtschafts- und Handelsorganisationen in Verkehr treten. Alle diese Maßnahmen werden in Wien und Budapest in umfassender Weise vorbereitet. Sie sind auch mit dem Deutschen Kaiser vereinbart. Die Aktion soll gemeinsam vor sich gehen, so daß alle Kräfte gleich gerecht den selben Zielen dienen. Derartige Maßnahmen seien naturnahmlich, sollen sie erfolgreich durchgeführt werden, ein ziemlich hohes Maß von Verkehrsicherheit voraus, und es sind auch gleich nach jener von hier abgegebenen Erklärung in der österreichischen Oeffentlichkeit Zweifel laut geworden, ob wir aus das Vorhandensein eines solchen Zustandes ohne positive Beweise unsereits verlässlich rechnen dürfen. Seither aber verschoben sich die Voraussetzungen sehr wesentlich. In verschiedenen, gerade für unseren Nahrungsmittelverkehr besonders wichtigen Gebieten der Ukraine tragen sich nämlich Vorgänge zu, die für das Deutsche Reich Anlaß zu besonderen Sicherungsmaßnahmen bilden. Mit Rücksicht auf diese Vorgänge richtete auch anderseits die ukrainische Regierung auch an uns die dringende, selber auch mit großem Nachdruck wiederholte

Vilse am Unterstützung.

(Hört, hört!) Unter diesen Umständen können wir unsere Befürchtung nicht ablehnen (Beifall), denn wir würden es uns sonst gegebenenfalls selbst zuzuschreiben haben, wenn die Ukraine infolge unserer Ablehnung überhaupt oder doch in der erwünschten kurzen Frist nicht in der Lage sein sollte, ihre uns gegenüber übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Damit ist für die Monarchie die Notwendigkeit einer aktiven Beteiligung gegeben, eine Beteiligung an einer Aktion, welche mit irgendeiner Kriegshandlung nicht das mindeste zu tun hat und nicht einmal irgendeinen politischen Charakter besitzt. Sie stellt sich vielmehr ausschließlich als ein Akt einer von einem anderen Staate erbetenen und im eigenen Interesse gewährten Rechts- und Verwaltungshilfe dar, der

notwendig unter den gegebenen Umständen nicht anders als durch ein friedliches Einsehen — übrigens beschränkter — militärischer Kräfte erfolgen kann. Das hohe Haus wird, wie ich hoffe, am dem Zusammenstoß der von mir dargelegten administrativen Vorentscheidungen und der Tatsache unserer Mitwirkung an den von der ukrainischen Regierung erbetenen Hilfsleistungen die Zuversicht schöpfen, daß unsere Nahrungsinteressen in der Ukraine jene unbedingt verlässlichen Sicherung finden, auf die unser schwer geprüftes, treues und standhaftes Volk vollen Anspruch hat. (Lobhafter Beifall.)

Bertrauensvotum für Czernin

Wien, 1. März. In fortgesetzter Verhandlung des Antrages auf eine Vertrauensabstimmung für Czernin wendet sich Dr. Pálffy gegen einen Frieden ohne Annexionen und Kompensationen. Das Bündnis mit Deutschland beruht auf den beiderseitigen gleichen Interessen und Bedingungen, erkennt auch nicht deutsche Völker mit allen seinen Vorteilen. Redner erkennt die Verpflichtung Deutschlands zum Einschalten in den Randstaaten sowie die Vereinigung Deutschlands an, den nördlichen Teil Belgien in ein vollständig unabhängiges Verhältnis zu stellen, sowie die Stadt Antwerpen, die in ihrem Grundcharakter deutlich ist, zu schern. Wir halten unter allen Umständen durch. Wir sind die Sieger, wie verlangen auch die Polen.

Freiherr Plener erklärt, daß Czernin sich in der ganzen Bevölkerung der größten Popularität erfreue. Seine mutige Haltung bei den letzten Verhandlungen hätten ihn allgemein Sympathie und Vertrauen verschafft.

Dumba erklärt, die leichte Haltung der Polen mache eine österreichisch-polnische Lösung unmöglich, er befürwortet das verdeckte Einfluss unter der Truppen in der Ukraine. Czernin sei diejenige Persönlichkeit, die geeignet sei, den allgemeinen Frieden unter Mithilfe von Amerika herbeizuführen.

Fürst Clary hofft, daß das Freundschaftsbündnis mit Deutschland ein Erfolger der auswärtigen Politik bleiben werde. (Lobhafter Beifall.) Váncsik stellt fest, daß Graf Czernin hahnbretthend für den Frieden wünsche. Der Redner begrüßt mit großer Begeisterung, daß Herrling in seiner letzten Rede gegenüber Wilson sich ganz übereinstimmend mit Czernin äußerte. (Lobhafter Beifall.)

Czernitsky Czapluk hofft, daß der ukrainische Friede unter anderen Bedingungen nicht hätte unterzeichnet werden können, und legt die Berechtigung der Ansprüche der Ukrainer dar.

Professor Kommasch verteidigt die Idee eines Verständigungsfriedens und erklärt, das Vertrauen zu Czernin sei selbstverständlich für jeden, der eine möglichst baldige Beendigung des Krieges wünsche. Im Bezeichnung des Vertrags zu Deutschland habe der Redner hervor, daß Österreich-Ungarn allerdings verpflichtet sei, Straßburg zu verteilen und den Westfalen des Deutschen Reiches zu erhalten. Daraus folge aber nicht die Pflicht, den vorliegenden Verfassungszustand Deutschlands aufrechtzuhalten. Wenn der Staat möglicherweise unter der Voraussetzung, daß Elsass-Lothringen ein selbständiger Bundesstaat mit einer von der Bevölkerung frei gewählten Verfassung werde, dann

selbst kein Grund vorhanden, den Krieg fortzuführen, damit Elsass-

Deutschland bleibt mit vorwiegend preußischer Verwaltung. (Widerspruch) Es seien Anzeichen vorhanden dafür, daß die Gegenseite sich mit seinem Zusatzabkommen zufriedenstellen würde.

Herr Schönburg erläutert namens des Kreispolitikomitees der Mittelpartei und in vollständiger Übereinstimmung, daß er auch namens aller Mitglieder seiner Partei spreche, daß derjenige Teil von Komma- sch's Ausführungen, der sich mit den inneren Verhältnissen des Deutschen Reiches befaile, nicht hätte gehalten werden sollen. (Lobhafter Beifall und Händeschütteln).

Frelberg von Plocaer erläuterte, gegen den auf Elsass-Lothringen bestimmten Pausus in der Rede Kommaß müsse er auf das enttäuschten Namen seiner Partei Verantwortung eingleichen, denn damit wäre die Einheitlichkeit eines Bündnisbruches

gegeben (Lebhaftes Lachen), wenn Österreich-Ungarn die interne deutsche Verfassungsangelegenheit zum Anlaß der Veränderung seiner militärischen Haltung nehmen sollte. Wie sind es unserer Ehre und Waisenbrüder (ostschlesische Lebhaftes Lachen) möglich, daß unter keinen Umständen zu verlassen, so lange wie dasselbe von seiner Treue erwarten. (Lobhafter Beifall.)

Nachdem noch mehrere Redner gesprochen hatten, wurde der Antrag, Czernin für seine erfolgreiche Politik das Vertrauen

auszusprechen, angenommen.

* Der König begab sich gestern vormittag nach Freiberg und besuchte dabei das Reservejazarett mit der Abteilung im Johannishospital und das Städtische Krankenhaus. Vor der Abreise nach Dresden, die um 14 Uhr erfolgte, empfing der König auf dem Hauptbahnhof in Freiberg einige Herren vom Zoll.

* Der Verbund Schlesischer Industrieller richtete an die beiden Kammer des Landtages eine Eingabe, in der eine stärkere Vertretung der Industrie bei der Reform der ersten Kammer und eine allgemeine Gleichstellung mit der Landwirtschaft gefordert wird.

* Der König von Griechenland hat die neue Session des Parlamentes mit einer Thronrede eröffnet.

* Der französische und englische Botschafter sind mit ihrem Personal am 28. Februar aus Petersburg abgereist. Die Konsuln

bleiben.

tungswelle in seinem längsten Werk "Deutsche städtische Kunst" hervor, worin die Eigenartlichkeiten und Leistungen der deutschen Stadtkunst in lebendigster Weise mit den Formen und Erfindungen des wirtschaftlichen, rechtlichen und politischen Lebens der Städte in Zusammenhang gebracht sind. Mit berechtigter Erwartung sieht man daher dem Gegenstück über italienische Kunst entgegen, das aus der Feder des trefflichen Forschers zu erscheinen steht.

Städtische Theater. In der Komödie "Das Enkelkind" von Lothar Schmidt, die am 3. März im Alten Theater zum ersten Mal zur Aufführung gelangt, sind die Hauptpartien wie folgt besetzt: Hermann Adolph: Bligitte: Marie Schopeng. Margarete: Egon: Emerich Reimers. Janke: Oscar Ingenohl. Frau Strelitz: Rothmüller: Emil Mamlok. Wendelsdorf: Carl Roth. Das Werk wird inszeniert vom Operndilettante Wolf Winds. — Für die Vorstellungen in der Woche vom 2. bis mit 10. März sind vom Mehm und Mehlsbauern Kartentheaterbestellungen in so großer Anzahl eingegangen, daß die Intendanten, um vergeblichen Andrang an den Kassen zu verhindern, billigt, keine Bestellungen unter Belastung der Geldbörse mehr zu machen. Es können schon die Zurücksendung oder Zurückzahlung der Beträge verursacht eine Erhöhung des Kassenbetriebes, die im Interesse der Theaterbesucher und der schnelleren Abförderung zu vermeiden ist. Es empfiehlt sich lieber am Tage der betr. Vorstellung an den Kassen nachzutragen, da die kleinen Karten der Mehmbesucher nur bis mittags 12 Uhr ausbezogen werden. Für die ersten drei Tage der Woche sind nur noch wenige kleinere Plätze vorwiegend, dagegen ist für den 5. bis 8. März die Ausmahl noch eine größere. — Ausnahmsweise beginnt die Ausgabe der Plätze für die Aufführung der "Albertischen Opernreihe". Der Stier von Olivera" am Sonntag, den 10. März, nicht, wie sonst üblich, bereits am Montag, sondern erst am Donnerstag, den 7. März. Für diese Vorstellung sind erhöhte Preise vorgesehen.

Königsberger Theater. Die Aufführung der Schauspielergruppe "Der Floh im Panzerhaus" von Horster-Larraga im Königsberger Neuen Schauspielhaus wurde anfangs bestreiten, dann besserer Besuch. In der Rolle des jungen Mannes agierte Viktor Schwanner vom Münchener Hoftheater, der auch Regie führte und das Spiel auf einen großartigen Marionettentheater abgestimmt hatte. Der Künstler erzielte als Darsteller wie als Spieler einen großen Erfolg. H. W.

Königlich Sachsische Gesellschaft der Wissenschaften. In der Sitzung der Klossen vom 18. Februar wurden die von der Mathematischen

Der Zusammenschluß der österreichischen Slawen

Wien, 28. Februar. (Drohsbericht) Die "Polnischen Hochräthen" meideten: In der unter dem Vorstand des Polenklubs abgehaltenen Volksversammlung des Polenklubs erklärte der Obmann des Polenklubs, Baron Göh, auf seinem Rücktritt bestehen zu müssen. Der Polenklub nahm mit 27 gegen 26 Stimmen den Antrag des Allpolen Grafen Skarbek an, das Präsidium des Polenklubs aufzufordern, sich mit den Slawen und anderen oppositionellen Parteien zwecks Bildung einer gemeinsamen Faktion im Parlament einzugeben.

Wien, 1. März. (Eigener Drohsbericht) Nachdem gestern der Versuch, die Polen zur Mehrheit zurückzuführen, infolge der Annahme des Antrages des Polenklubs, mit der Opposition über die weitere Taktik zu verhandeln, gescheitert ist, soll heute verfolgt werden, in Besprechungen der Deutschen mit den Südslawen in dem gegenseitigen Zustand ein Ende zu machen. Sowohl die Führer der Opposition wie der Arbeiterpartei, die im Audienzzimmer des Kaisers erschienen, konnten sich von dem Willen des Kaisers überzeugen, das Parlament zu erhalten. Den slawischen Zeitungen gegenüber betonte der Kaiser seine Gerechtigkeit, die berechtigten Wünsche der Slawen im Rahmen der Monarchie und im Einvernehmen mit den übrigen Völkern der Monarchie zu erfüllen. Da auch alle großen Parteien das Bestreben zeigen, das Parlament zu erhalten, wäre die Voraussetzung gegeben, nunmehr das große Werk der Verfassungsreform zu beginnen. Die Besprechungen des Ministerpräsidenten mit den Parteien wurden früh abgeschlossen. Nachmittags begannen Besprechungen zwischen den Deutschen, Tschechen und südländischen Parteien. Der Empfang der Oppositionsführer durch den Kaiser hat auf die slawischen Parteien höchst beruhigend gewirkt. Das Haus zeigte heute nicht mehr die nervöse Spannung der letzten Tage.

Zu Balfours Rede

Schreiben "Daily News": Obgleich wir zugestehen, daß die Argumente von Balfour begründet sind, beginnen wir doch, daß seine Haltung klug gewesen ist. Es ist wahrscheinlich, daß Herrling in mancher Hinsicht Ansprüche stellt, die nicht zu verteidigen sind, aber andererseits bedeutet seine Rede doch einen Fortschritt im Vergleich zu späteren Auslassungen. Wenn auch Balfours Kritik an den Begriffen betreffenden Verhandlungen Herrlings bestätigt sein mag, kann man doch ruhig zugestehen, daß ein weiterer Schritt nach der Lösung hin getan ist.

Lord Buxton sagt in einem Brief an die "Daily News", die Rede Herrlings sei die wichtigste Erklärung, die jemals ein deutscher Staatsoffizier seit Kriegsbeginn abgegeben habe. Wenn jeder Annäherungsversuch mit Verdächtigung und Misstrauen aufgenommen werde, komme der Friede niemals. Allerdings fehlen Herrlings Begriffe über Weltpolitik weniger beruhigend als seine Stellungnahme zu Wilsons vier Prinzipien.

Der "Neue Orient" schreibt: Stresemann habe seine Befürchtungen, daß Czernin sich in der ganzen Bevölkerung zu verbergen, das Parlament zu verhindern, das Herrling für den Frieden getan habe. Aehnlich äußert sich das "Vaderland", welches hinzufügt: "Jedoch ist Stresemann nicht die deutsche Regierung."

Die Amsterdamer "Tijd" schreibt: Graf Herrling redete in seiner jüngsten Rede wiederum über Einheitlichkeit allgemeiner Länder und auch Balfour sah zu der Rede des Reichskanzlers zuhören, geht indes zur Genüge hervor, daß die Worte des Kanzlers auf kleinigen Boden gefallen sind und nicht als Verhandlungszeichen, sondern als neue Herausforderung aufgefaßt wurden. Der Graf redete, den Deutschen im Osten zu erreichen sucht, reizt die Ostländer zur Wut und veranlaßt sie, Vorwürfe noszulegen, die nur teilweise begründet sind. Man verhöhnt auf Seiten der Entente offenkundig völlig, daß nur durch energisches militärisches Eingreifen der Schrecken der Faschismus der Volksbewußten ein Ende gemacht werden kann.

Der "Aegean" schreibt: Stresemann habe seine Befürchtungen, daß Czernin sich in der ganzen Bevölkerung zu verbergen, das Parlament zu verhindern, das Herrling für den Frieden getan habe. Aehnlich äußert sich das "Vaderland", welches hinzufügt: "Jedoch ist Stresemann nicht die deutsche Regierung." Die "Neue Orient" schreibt: Stresemann habe seine Befürchtungen, daß Czernin sich in der ganzen Bevölkerung zu verbergen, das Parlament zu verhindern, das Herrling für den Frieden getan habe. Aehnlich äußert sich das "Vaderland", welches hinzufügt: "Jedoch ist Stresemann nicht die deutsche Regierung."

Die "Neue Orient" schreibt: Stresemann habe seine Befürchtungen, daß Czernin sich in der ganzen Bevölkerung zu verbergen, das Parlament zu verhindern, das Herrling für den Frieden getan habe. Aehnlich äußert sich das "Vaderland", welches hinzufügt: "Jedoch ist Stresemann nicht die deutsche Regierung." Die "Neue Orient" schreibt: Stresemann habe seine Befürchtungen, daß Czernin sich in der ganzen Bevölkerung zu verbergen, das Parlament zu verhindern, das Herrling für den Frieden getan habe. Aehnlich äußert sich das "Vaderland", welches hinzufügt: "Jedoch ist Stresemann nicht die deutsche Regierung."

Die "Neue Orient" schreibt: Stresemann habe seine Befürchtungen, daß Czernin sich in der ganzen Bevölkerung zu verbergen, das Parlament zu verhindern, das Herrling für den Frieden getan habe. Aehnlich äußert sich das "Vaderland", welches hinzufügt: "Jedoch ist Stresemann nicht die deutsche Regierung."

Die "Neue Orient" schreibt: Stresemann habe seine Befürchtungen, daß Czernin sich in der ganzen Bevölkerung zu verbergen, das Parlament zu verhindern, das Herrling für den Frieden getan habe. Aehnlich äußert sich das "Vaderland", welches hinzufügt: "Jedoch ist Stresemann nicht die deutsche Regierung."

Die "Neue Orient" schreibt: Stresemann habe seine Befürchtungen, daß Czernin sich in der ganzen Bevölkerung zu verbergen, das Parlament zu verhindern, das Herrling für den Frieden getan habe. Aehnlich äußert sich das "Vaderland", welches hinzufügt: "Jedoch ist Stresemann nicht die deutsche Regierung."

Volks- und Mittelschulfragen in der Ersten Kammer

(Drucksbericht unserer Dresdner Schriftleitung)

Dresden, 1. März.

Die Erste Kammer hielt heute eine inhaltreiche Sitzung ab. Es handelte sich namentlich um Schul- und Kirchenfragen, die so ziemlich sämtliche Räte des Kultusministeriums mit Ezzellenz Dr. Beck an der Spitze am Ministerialamt verhandelt hatten. zunächst sprach der Bruder des Königs, Prinz Johann Georg, namens des zuständigen Ausschusses über unter Straßen- und Wasserbauweisen. Er wies unter anderem darauf hin, daß für die Obhutnahme erheblich höhere Beträge in den Staatshaushalt eingestellt worden sind. Mit großem Interesse nahm das Haus den ausführlichen Bericht des Leipziger Oberbürgermeisters Dr. Rosche über unter gesamtes Mittel- und Volkschulwesen entgegen. Sehr erfreulich ist es, daß noch den Worten des Berichterstatters auch während des Krieges die Leistungen der oberen Klassen der Mittelschulen beständig ausstellten. Sehr beachtenswert war, was Dr. Rosche über die Ausgestaltung der Volkschulbildung sagte. Wir sollen nicht aus den alten Vorbeeren ausarbeiten, sondern müssen uns neue Ziele stellen und uns besonders der Fortbildung der Jugend nach dem Kriege annehmen, schon aus Gründen unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Dr. Rosche hält eine Rendierung des sächsischen Volksschulgebäudes für notwendig, auch des Disziplinarverfahrens gegen die Lehrer, daß er als ganz veraltet bezeichnet. Bekanntlich ist es ein allgemeiner Wunsch der Landwirtschaft, daß die Schüler bei den landwirtschaftlichen Arbeiten mitmachen. Es ist schon manches in dieser Beziehung geschehen, und aus einer heutigen Bemerkung des Kultusministers wird das wenigstens hinsichtlich der Fortbildungsschüler in diesem Jahre in erhöhtem Maße der Fall sein. Aber Dr. Beck betont, daß die Mithilfe der Schüler aus gesundheitlichen und pädagogischen Gründen nur in den allerdringendsten Fällen in Betracht kommen kann. Alsdaherlos bekannte sich der Minister zu dem Wort: Freie Bahn den Tüchtigen. Er will diesen Grundsatz im Schulwesen anerkannt wissen, um nach den großen Verlusten geistiger Kräfte im Kriege alle geistigen Kräfte unseres Volkes auf einen Boden zu verpflanzen, wo sie die besten Früchte frönen können. Mit Genugtuung kann man weiter davon Kenntnis nehmen, daß nach den Versicherungen Dr. Beck's das Kultusministerium ein Hineinziehen in die Selbstverwaltung der Gemeinden nicht anstrebe. Die Forderung: Dem Tüchtigen freie Bahn, wurde von Oberbürgermeister Blüher in längster Rede unterstrichen. Der Krieg hat auch in der Landwirtschaft andere Ziele geschaffen. So konnte man heute mit Bevölkerung davon Kenntnis nehmen, daß einer der Führer der sächsischen großen Landwirte, Ezzellenz Dr. Mehnert, den Fortbildungsschulunterricht für Mädchen auf dem Lande forderte, gegen den sich die Agrarier lange Zeit auch in Sachen gesträubt haben. Alle Kapitel der Tagesordnung wurden nach den Vorschlägen der Ausschüsse bewilligt.

Am Regierungssitz * Staatsminister Dr. Beck, v. Sepdehni, Dr. Nagel — Präsident Oberstaatschulrat Graf Vitzthum von Eckstädt, eröffnet die Sitzung 12 Uhr.

Prinz Johann Georg berichtet über Kapitel 70 des Staatshaushaltplanes: Straßen- und Wasserbauverwaltung. Es wird antragsgemäß unverändert genehmigt.

Herauf berichtet Oberbürgermeister Dr. Rosche-Leipzig über die Kapitel 94—98: Gymnasien, Realgymnasien, Oberrealschulen, Realhöfen, höhere Mädchenschulanstalten, Seminare, Volksschulen, katholische Alt-Hohen und Wohlthäftschenanstalten und vorläufig Kultuszweige. Auch hier wird unverändert Genehmigung beantragt. Nur einem Antrag der zweiten Kammer hat sich die Deputation nicht angelehnt. Dieser wünscht eine Rendierung des § 25 des Mittelschulgesetzes vom 16. Juni 1910, dahingehend, daß die Gemeinde für die zweite Klasse der Mittelschule ein Hineinziehen in die Selbstverwaltung der Gemeinden nicht anstrebe. Die Forderung hat jedoch erhielt, daß sie bereits mit einer Novordnung dieses Paragraphen, der ohnehin nur bis zum Jahre 1913 Geltung habe, beschafft ist.

Groß-Eschburg-Münchau besagt auf Grund einer Zulassung, daß die Schüler höherer Schulen nicht genug mit den Gegenwartsschwerpunkten vertraut gemacht würden.

Superintendent D. Cordes berichtet die Er schwerungen bei der Anstellung gepfleger Lehrkräfte außerhalb Sachsen. Es scheint ein gewisser Partikularismus vorzuliegen.

Kultusminister Dr. Beck erwähnt, in Sachsen werde dafür gesorgt, daß in allen geeigneten Unterichtsschulen im Gemeinschaftsunterricht der Erdkunde, Staatsbürgerkunde usw. die Schüler mit den Ereignissen des großen Weltgeschichts bekanntgemacht würden. Den Superintendenten D. Cordes bitte er um Mitteilung des betreffenden Falles. Die Regelung beruhe auf Gegenseitigkeit. Von Partikularistismus könnte keine Rede sein. Eine Vorlage wegen Abänderung des § 25 des Mittelschulgesetzes werde die Regierung bald einbringen. Der Minister kommt sodann auf die Ausführungen des Wirklichen Geheimen Rates Dr. Mehnert bei der allgemeinen Aussprache über den Staatshaushalt zurück. Die Mithilfe von Schülern bei landwirtschaftlichen Arbeiten müsse auf dringende Fälle beschränkt bleiben, da gerade jetzt die Erziehung nicht leiden darf. Für die Notwendigkeit der Pädagogisch-Schule für Mädchen sei auch die Regierung. Für andere Volksernährung soll durch Heranleitung der Fortbildungsschüler auch in diesem Jahre weisestgehende Rücksicht genommen werden. Der Minister erwidert sodann auf die verschiedenen früheren Anträge des Oberbürgermeisters Blüher — Dresden, hinsichtlich der Beteiligung der Frauen an der Gemeinderatversammlung, sei zwischen durch eine Ministerialverordnung bekanntgegeben, daß gegen die Beteiligung von Frauen in die gewöhnlichen Ausschüsse, auch in die Schulausschüsse, keinsetzt Bedenken des Ministeriums beständen. Er gebe zu, daß wir durch die Erfahrungen des Weltkrieges gewonnen haben, unsere Schulen umzubilden, und erkennen an, daß wir nach den großen Verlusten an geistigem Gut nicht mehr vershönenlich mit unseren Vororten an geistigem Leben ins Volk umgehen dürfen. Deshalb behalte er sich zu dem Grundzuge: Freie Bahn den Tüchtigen. Er würde abschließend nicht das Wort: Aussicht der Begabten, denn seine Bevölkerung würde für die Dauer für unser ganzes kulturelles und wirtschaftliches Leben nicht überall von gleichem Segen begleitet sein. Wer sollte auch die besondere Begabten feststellen? Unser bewährter Philosoph Springer in Leipzig habe darauf hingewiesen, daß alle Methoden kein genauso Urteil ermöglichen und doch unendlich viele Irrtümer vor-

eine Übersicht der Begabten

aus den Klassen abzuschöpfen. Der Minister ist deswegen auch nicht für eine Absondern der Begabten in besondere Unterrichtsanstalten wie in Berlin. Er empfiehlt den gejungenen Gedanken einer einheitlichen Verbundung zwischen Volks- und Hochschulen weiter zu pflegen, so wie in Leipzig, wo die tückigen jungen Leute noch dem Volkschulbesuch in eine besondere Tertia aufgenommen und von da in regelrechtem Lehrgang der höheren Schule zugezettet würden. Eine geschlechterliche Regelung der ganzen Angelegenheit könne erst in Angriff genommen werden, wenn genügend Erprobungen auf diesem Neuland vorliegen. Daher begräbt auch die Staatsregierung die Verluste der großen Städte. Die Gemeindeselbstverwaltung soll gehoben und geschart werden. Das Kultusministerium will auf dem Gebiete der Schule nicht hineinregistern. Eine Vorlage über das Dienststrafrecht der Lehrer werde bald dem Landtag vorgelegt werden.

Nach einigen Ausführungen des Berichterstatters und des Superintendents D. Cordes erklärt Oberbürgermeister Blüher, er beziehe vor allem die Erklärung des Kultusministers, daß er den großen Städten gestalten will, auf eigene Rechnung und Gefahr Unterhaltsvorschüsse zu unternehmen.

Wohl. Geh. Rat Dr. Mehnert dankt dem Minister für die zugesagte landwirtschaftliche Hilfe. Dringend sei sie auf alle Fälle, denn bald würden viele Kriegsgefangene entlassen werden.

Dann folgt die Aussprache. Die Deputationsanträge werden angenommen.

Ohne Ansprache werden genehmigt: Kapitel 93: Evangelische Kirchen; Kapitel 29 und 30: Landtagshäfen und Stenographisches Landes-

amt; Kapitel 34: Ordenskonzert und 22 bis 31 des Reichschaubührenfests allgemeine Staatsbedürfnisse. Demit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 6. März, mittags 12 Uhr.

Tagesordnung: Kapitel des Staatshaushaltplanes.

amt; Kapitel 34: Ordenskonzert und 22 bis 31 des Reichschaubührenfests allgemeine Staatsbedürfnisse. Demit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 6. März, mittags 12 Uhr.

Tagesordnung: Kapitel des Staatshaushaltplanes.

amt; Kapitel 34: Ordenskonzert und 22 bis 31 des Reichschaubührenfests allgemeine Staatsbedürfnisse. Demit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 6. März, mittags 12 Uhr.

Tagesordnung: Kapitel des Staatshaushaltplanes.

amt; Kapitel 34: Ordenskonzert und 22 bis 31 des Reichschaubührenfests allgemeine Staatsbedürfnisse. Demit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 6. März, mittags 12 Uhr.

Tagesordnung: Kapitel des Staatshaushaltplanes.

amt; Kapitel 34: Ordenskonzert und 22 bis 31 des Reichschaubührenfests allgemeine Staatsbedürfnisse. Demit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 6. März, mittags 12 Uhr.

Tagesordnung: Kapitel des Staatshaushaltplanes.

amt; Kapitel 34: Ordenskonzert und 22 bis 31 des Reichschaubührenfests allgemeine Staatsbedürfnisse. Demit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 6. März, mittags 12 Uhr.

Tagesordnung: Kapitel des Staatshaushaltplanes.

amt; Kapitel 34: Ordenskonzert und 22 bis 31 des Reichschaubührenfests allgemeine Staatsbedürfnisse. Demit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 6. März, mittags 12 Uhr.

Tagesordnung: Kapitel des Staatshaushaltplanes.

amt; Kapitel 34: Ordenskonzert und 22 bis 31 des Reichschaubührenfests allgemeine Staatsbedürfnisse. Demit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 6. März, mittags 12 Uhr.

Tagesordnung: Kapitel des Staatshaushaltplanes.

amt; Kapitel 34: Ordenskonzert und 22 bis 31 des Reichschaubührenfests allgemeine Staatsbedürfnisse. Demit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 6. März, mittags 12 Uhr.

Tagesordnung: Kapitel des Staatshaushaltplanes.

amt; Kapitel 34: Ordenskonzert und 22 bis 31 des Reichschaubührenfests allgemeine Staatsbedürfnisse. Demit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 6. März, mittags 12 Uhr.

Tagesordnung: Kapitel des Staatshaushaltplanes.

amt; Kapitel 34: Ordenskonzert und 22 bis 31 des Reichschaubührenfests allgemeine Staatsbedürfnisse. Demit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 6. März, mittags 12 Uhr.

Tagesordnung: Kapitel des Staatshaushaltplanes.

amt; Kapitel 34: Ordenskonzert und 22 bis 31 des Reichschaubührenfests allgemeine Staatsbedürfnisse. Demit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 6. März, mittags 12 Uhr.

Tagesordnung: Kapitel des Staatshaushaltplanes.

amt; Kapitel 34: Ordenskonzert und 22 bis 31 des Reichschaubührenfests allgemeine Staatsbedürfnisse. Demit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 6. März, mittags 12 Uhr.

Tagesordnung: Kapitel des Staatshaushaltplanes.

amt; Kapitel 34: Ordenskonzert und 22 bis 31 des Reichschaubührenfests allgemeine Staatsbedürfnisse. Demit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 6. März, mittags 12 Uhr.

Tagesordnung: Kapitel des Staatshaushaltplanes.

amt; Kapitel 34: Ordenskonzert und 22 bis 31 des Reichschaubührenfests allgemeine Staatsbedürfnisse. Demit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 6. März, mittags 12 Uhr.

Tagesordnung: Kapitel des Staatshaushaltplanes.

amt; Kapitel 34: Ordenskonzert und 22 bis 31 des Reichschaubührenfests allgemeine Staatsbedürfnisse. Demit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 6. März, mittags 12 Uhr.

Tagesordnung: Kapitel des Staatshaushaltplanes.

amt; Kapitel 34: Ordenskonzert und 22 bis 31 des Reichschaubührenfests allgemeine Staatsbedürfnisse. Demit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 6. März, mittags 12 Uhr.

Tagesordnung: Kapitel des Staatshaushaltplanes.

amt; Kapitel 34: Ordenskonzert und 22 bis 31 des Reichschaubührenfests allgemeine Staatsbedürfnisse. Demit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 6. März, mittags 12 Uhr.

Tagesordnung: Kapitel des Staatshaushaltplanes.

amt; Kapitel 34: Ordenskonzert und 22 bis 31 des Reichschaubührenfests allgemeine Staatsbedürfnisse. Demit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 6. März, mittags 12 Uhr.

Tagesordnung: Kapitel des Staatshaushaltplanes.

amt; Kapitel 34: Ordenskonzert und 22 bis 31 des Reichschaubührenfests allgemeine Staatsbedürfnisse. Demit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 6. März, mittags 12 Uhr.

Tagesordnung: Kapitel des Staatshaushaltplanes.

amt; Kapitel 34: Ordenskonzert und 22 bis 31 des Reichschaubührenfests allgemeine Staatsbedürfnisse. Demit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 6. März, mittags 12 Uhr.

Tagesordnung: Kapitel des Staatshaushaltplanes.

amt; Kapitel 34: Ordenskonzert und 22 bis 31 des Reichschaubührenfests allgemeine Staatsbedürfnisse. Demit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 6. März, mittags 12 Uhr.

Tagesordnung: Kapitel des Staatshaushaltplanes.

amt; Kapitel 34: Ordenskonzert und 22 bis 31 des Reichschaubührenfests allgemeine Staatsbedürfnisse. Demit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 6. März, mittags 12 Uhr.

Tagesordnung: Kapitel des Staatshaushaltplanes.

amt; Kapitel 34: Ordenskonzert und 22 bis 31 des Reichschaubührenfests allgemeine Staatsbedürfnisse. Demit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 6. März, mittags 12 Uhr.

Tagesordnung: Kapitel des Staatshaushaltplanes.

amt; Kapitel 34: Ordenskonzert und 22 bis 31 des Reichschaubührenfests allgemeine Staatsbedürfnisse. Demit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 6. März, mittags 12 Uhr.

Tagesordnung: Kapitel des Staatshaushaltplanes.

amt; Kapitel 34: Ordenskonzert und 22 bis 31 des Reichschaubührenfests allgemeine Staatsbedürfnisse. Demit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 6

1. Seite. Sonnabend, 2. März 1918

Amtliche Bekanntmachungen**Nachtrag****Bekanntmachung über die Kartoffelversorgung für den Rest des Erntejahrs 1917/18 vom 6. Februar 1918.**

Die Bekanntmachung vom 6. Februar 1918 — Nr. 22 der Sächsischen Staatszeitung — wird darin abgedruckt, daß der Einlauf auf Abschnitt C der Siedlungsfartheit in freiem Kommunalverbande sich ab 25. März freigegangen wird, um eine Gefährdung der Sicherstellung der Bevölkerungsversorgung und der Erfüllung der Wirtschaftsaufgaben an den eigenen Kommunalverbänden infolge der Bevölkerungsüberfüllung zu verhindern.

Die Werte C erhält also erst ab 25. März 1918 frei-
gelegt, um panische Sache. Ausgenommen stehen
noch die Bezirke des Kreisamtsamtions Sachsen
Borna, Borsig, Döbeln und Weissen. Diese Bezirke
müssen für Versorgung des Abschnittes C noch weiter
bei dem eigenen Kommunalverbande gehalten werden.

Dresden, den 25. Februar 1918. — Nr. II B IV.
Ministerium des Innern.**Bekanntmachung,****Abänderung der Satzung für den Fleischhandelsverband im Königreich Sachsen vom 15. Februar 1916 betr. Nach Gebot des Vorstandes des Fleischhandelsverbandes**

wird die Satzung wie folgt abgeändert:
§ 12 Abf. 1 und 2 lautet:

Der Vorstand besteht aus einem Vorsitzenden, dem Vizevorsitzenden und den Mitgliedern, die den Vorsitzenden und die Mitglieder werden Stellvertreter bestellt.

Der Vorsitzende und die Mitglieder sowie die Stellvertreter ernannt auf Vorschlag des Ministeriums des Innern. Vom Vorsitzenden ist dann Gebrauch zu machen, wenn bei einem Mitgliede die Bezeichnungen vorgenommen, unter denen es ernannt ist. Ein Mitglied nach Vorsitz eines sächsischen Kommunalverbands oder dessen Stellvertreter, ein zweites Vater eines ländlichen Kommunalverbands, aber dessen Stellvertreter sein, von den übrigen Mitgliedern werden je eines von den Handelszonen Dresden und Leipzig und vom Vorstand des Fleischhandelsverbandes aus der Zahl der im Königreich Sachsen ansässigen Händler, zwei vom Landeskultusrat und eines von der Fleischverarbeitung des Verbandsbezirks vorgeschlagen. Das gleiche gilt auch für diestellvertretenden Mitglieder.

§ 18 Abf. 2 lautet:

Der Vorstand wird vom Vorstande nach Bedarf, jedoch mindestens einmal jährlich, berufen; ihm sind ein Jahresbericht und die Jahresabrechnung vorzulegen.

§ 18 Abf. 2 lautet:

Der Vorstand ist befugt, von jedem den Bestimmungen der Satzung unterliegenden Kauf- und Verkauf von Fleisch im Königreich Sachsen eine Abgabe zu erheben, deren Feststellung der Zustimmung des Ministeriums des Innern bedarf.

§ 16 Abf. 3 fällt weg.

Dresden, den 25. Februar 1918. — Nr. II B III.
Ministerium des Innern.**Gehalt- und Lohnnachweisungen für die Steuereinschätzung.**

Durch die in allen Ammblättern abgedruckte Verordnung des Finanzministeriums vom 16. Oktober 1917 über die Ausstellung der Gehalt- und Lohnlisten, Gehalts- und Lohnkarten für die Einflussnachverhandlungen, war angeordnet worden, daß in dem nach § 36 und § 37 des Einflussnachverhandlungsvertrages für die Zwecke der Einflussnachverhandlungen ausstehenden Gehalt- und Lohnlisten, Gehalte und Lohnkarten von den Arbeitgebern, Dienst- und Entlastungsbüroden, Verbinden von juristischen Personen, Betrieben usw., auch die den Beamten, Angestellten und Arbeitern aus Mitleid bei Krieger verwundeten Teuerungsablagen, Familieneinschlüsse, Kinderergänzungen oder unter sonstiger Bezeichnung zum Gehalt oder Lohn gewährten

Wegfall der Meldecheine für Heereslieferungen.

Durch gemeinsame Verordnung des Königlichen Ministeriums des Innern und des Königlichen Kriegsministeriums vom 14. Oktober 1916 war Heeres- und Marineliesteranten und solchen Unternehmen, die bei künftigen Vergebungen berücksichtigt zu werden wünschen, die Ausfüllung eines Meldecheines für Heereslieferungen und dessen Einreichung bei den Handels- und Gewerbekammern auferlegt worden.

Nachdem der Sächsische Ausschuh für Heeres- und Flottenlieferungen seine Tätigkeit aufgenommen hat und für die Uebermittlung aller berechtigten Wünsche auf Heranziehung und Vergebung von Heeresaufträgen sorgt, kann auf diese Meldecheine verzichtet werden. Die beiden genannten Ministerien haben deshalb die Verordnung vom 14. Oktober 1916 aufgehoben, und es bedarf von jetzt ab nicht mehr der Einreichung der Meldecheine bei der Handels- und bei der Gewerbekammer.

Dagegen bleibt die Verpflichtung zur weiteren Ausfüllung aller von den Kriegsamtsstellen herausgegebenen Meldecheine bestehen.

Leipzig, den 1. März 1918.

Die Handelskammer.

Schmidt, Dr. Jur. Wendland,

Vorsitzender. Syndikus.

Die Gewerbekammer.

Grüner, Berjog,

Vorsitzender. Syndikus.

Anlagen und Beihilfen aller Art mit aufzunehmen sind.

Diese Anschauung ist vielfach unbedacht geblieben.

Nachdem durch das Gesetz vom 15. Februar 1918 zur Förderung des Einflussnachverhandlungsvertrages vom 24. Juli 1916 bestimmt worden ist, daß die oben genannten Teuerungsablagen, Familieneinschlüsse zum neuen Einkommen der Bevölkerung, Angehörige und Arbeiter zuverlässig sind, werden die Arbeitgeber darauf hingewiesen, daß sie nach § 36 Abf. 6 des Einflussnachverhandlungsvertrages dem Staat für die Steuerbeträge, die ihm infolge der Ausgabe von Bezügen der bezeichneten Art in den Gehalts- und Lohnlisten, Gehalt- und Lohnkarten eingehen.

Die Arbeitgeber, die in den für die diesjährige Einflussnachverhandlung aufgestellten Gehalts- und Lohnlisten, Gehalte und Lohnkarten die nötigen Angaben über die Teuerungsablagen usw. nicht gemacht haben, werden daher angefordert, ihre Angaben umgehend anzuholen oder zu ergänzen.

Dresden, am 25. Februar 1918. — Nr. Schwerz. D. O. Finanzministerium, I. Abteilung.

Berkauf von Graupen unter städtischer Aufsicht.

Es werden angezeigt:

1. auf die Worte 1 E und K der allgemeinen Lebensmittelkarte, welche § 1.

2. auf die in einem Streifen abzugebenden Fleischmarken A 1—4 (nicht Sondermarken A 1—4), die die Verlosen, die darauf kein Fleischstück annehmen, je 100 g Graupen.

Der Preis bei der Abgabe an die Verbraucher beträgt für 100 g 8 Pf. für 200 g 15 Pf., für 500 g 22 Pf.

Beobachtung und Abgabe der Marken durch die Verbraucher in den einschlägigen Lebensmittelgeschäften bis spätestens Dienstag, den 5. März.

III.

Ablieferung der Marken seitens der einer Obmannschaft angehörigen Kleinvändler an den Obmann Mittwoch, den 6. März.

Entnahme der Bezahlcheine in der Bezahlcheinstelle durch die Kleinvändler und Obmänner Donnerstag, den 7. März, in der bekannten Ordnung.

Danach sofort Vorlegung der Bezahlcheine an die Verteilungskontrolle für Fleisch und Graupen am Schalter N.

IV.

Ausgabe der Graupen durch die Kleinvändler an die Verbraucher 15.—19. März.

Leipzig, am 2. März 1918. — Nr. G. III.

Der Rat der Stadt Leipzig.

Sparkasse der Stadt Grimma.

Unter Haltung und Sicherheit der Stadtgemeinde.

Einlegerguthaben: 18 000 000 M. — 10.

Riesener: 683 000

Vom 1. Januar bis 25. Februar 1918 wurden bewilligt

7226 Einzahlungen im Betrage von 1 002 078 M. 05 Pf.

1447 Rückschlüsse im 288 85 — 81

Der Betriebsumsatz betrug 2 822 875 — 78

Tägliche Berechnung der Gläubiger mit 3%, vom

Hundert jährlich.

Die Stelle verlost auch schriftlich und übertragungen

von Gläubigern anderer Stellen nach hier werden speziell vermerkt.

Geschäftsstelle: Jeden Montag von 8 bis 1 Uhr.

Sonntags durchgehend von 8 bis 2 Uhr.

Postleitzettel Nr. 22333 Leipzig.

Die Sparkassenverwaltung.

Nr. 24 und 25 des diesjährigen Reichsgesetzes sind bei uns eingegangen und werden bis zum

21. März dieses Jahres im Erdgeschoß des neuen Rathauses, Eingang an der Brühlschen Straße, zur Einsicht öffentlich ausgestellt. Sie enthalten:

Nr. 247. Bekanntmachung über die Auflösung des

Stadtvermögens über die Versteigerung vom 24. Juni

1918. — Dazu 14. Februar 1918.

Nr. 248. Bekanntmachung über Erzielung der

Gefälligkeiten der berufsständischen und Unternehmungsräte. Dazu 19. Februar 1918.

Berichtigung.

In der ersten Seite der Bekanntmachung vom 21. Februar 1917 (Seite 11) sind hinter

Nummer 1 der "die Worte eingetragen „Bekanntmachung über“".

Leipzig, am 21. Februar 1918.

Der Rat der Stadt Leipzig.

Bekanntmachung.

Den beteiligten Kreisen von Handel und Industrie unterliegender Betrieb geben wir hiermit bekannt, daß es ihnen vom heutigen Tage ab frei steht, ob sie sich an die bisher verbindlichen Vereinbarungen über

freimüthige Einsichtnahme der durchgehenden

Arbeitszeit

fortan noch gebunden halten wollen.

Die Inhaber von offenen Ladengeschäften

bitten wir, unbedingt ihrer festen Entwicklung,

ebenso wie während der Weltkriege, vom 2. bis 9. März

dieses Jahres, ihre Verkaufsställe bis um 7 Uhr, bzw.

Leipzig, am 1. März 1918.

Der Rat der Stadt Leipzig.

Die Handelskammer.

Schmidt, Dr. jur. Wendland,

Vorsitzender. Syndikus.

Newwaren.

Zur Verteilung an die einschlägigen Geschäfte des

Metallhandels liegen folgende Waren zur Verfügung:

Metallzweckgerüste,

Metallzweckleider,

Metallzubläufe,

Metallunterzüge,

Metallzünden.

Die Verteilung erfolgt durch die Fleidererwerbungs-

Firma in 5. G. 2. Etage Leipzig Neumarkt. Fleiderer-

Firma, am 4. d. M. bis einschließlich Mittwoch,

den 6. d. M., von 9—12 Uhr normalmäßig zur Be-

stiftung aus. Bestellungen werden nur in dieser

Zeit an die Geschäftseinheiten von Fleidererwerbungs-

unternehmen entgegengenommen.

Leipzig, am 1. März 1918.

Der Rat der Stadt Leipzig.

Gewerbeamt. Kriegsbedienstungsstelle.**Fleischverteilungsstelle****der Stadt Leipzig.**

Die Fleidinger haben sich heute — Sonnabend —

den 2. März 1918, früh 8 Uhr auf dem Schlachthof

zur Arbeitsleistung einzufinden.

Gemeindesparkasse Liebertwolkwitz.

Unter Bürgermeister: 19 280 870 M. — 23. 21.

Müllagen: 1 000 000

Sparvertrag: 1 000 000 bis 25. Februar 1918.

6500 Einzahlungen im Betrage von 1 214 000 M. 74 Pf.

1 787 Rückzahlungen

Tägliche Berechnung der Gläubiger mit 3%.

Feststehende Vermöhnung und Berechnung von

Betriebszeit.

Geschäftsstelle: Montags bis Freitags vermittags von 8—12% und nachmittags von 2½—4 Uhr.

Sonnabends nur vermittags von 8—12% Uhr.

Geschäftsstelle der Gewerbeamtstellen:

Görlitz: jeden Tag.

Großröhrsdorf: unmittelbar an der Haltestelle der

elektrischen Straßenbahn: jeden Tag.

Aue: Dienstag: 8.00—12.00 Uhr, Mittwoch:

von 9—12 Uhr, Sonnabend: von 8—12 Uhr.

Dienstag: 8.00—12.00 Uhr, Mittwoch: 8.00—12.00 Uhr, Sonnabend: 8.00—12.00 Uhr.

Großröhrsdorf bei der Filiale der Südlichen Bank zu

Dresden in Leipzig und bei der Großpost Leipzig, Neu-

markt 26, Postleitzettel Nr. 1149.

Die Sparkassenverwaltung.

Familien-Nachrichten

Am 23. Februar erlag, fern der Heimat, unser lieber Mitarbeiter

Herr Wilhelm Asmuß

Katharina Freymond geb. Kreischmer

Dr. Felix Freymond, z. Z. im Felde,

und Frau Susanne geb. Reißmann

Der fünfte Tag der Etatsberatung

Der Abgang der heutigen Etatsberatung hat noch einen ganzen Tag in Anspruch genommen. Dabei war es eigentlich mehr als ein Abgang. Es gab heute sogar eine Stunde, wo die Aussprache auf einem recht stattdichten Niveau stand. Gleich zu ihrem Anfang nämlich, da Graf Posadowksi als zweiter Redner der Deutschen Fraktion goldene Worte über die Kunst der Besteuerung im allgemeinen und die Ausgaben, die dem Reich im besonderen auf diesem Felde zuwuchsen, sprach. Es ist sehr populär geworden, und man hörte diesen guten Ratsschlag jetzt bei Leuten aller Schichten, den Ausweg aus unfernen finanziellen Noten darin zu suchen, daß man vor allem die bestehenden besteuert. Graf Posadowksi unterzog sich der Mühe, auch die Rechte der Medaille zu zeigen. Darüber hinaus wies er aber auch noch aus, wo und wie reichlicher Steuerertrag zu holen wäre, ohne daß man deshalb die Schranken bis zu unerträglichen Härten anzöge. Anderes, was er in diesem Zusammenhang vortrug, hatte freilich nur retrospektiven Wert. Ohne Frage ist im Kriege durch die leichtfertige Art, mit der wirtschaftlich mangelhaft vorgebildete Leute Verträge von großer Tragweite schlossen, die öffentliche Bestrafung erheblich verstärkt worden. Aber daran ist nun nichts mehr zu ändern. Das sind geschehene Dinge, mit denen wohl oder übel man sich abfinden muß. Nur daß das, was in der Vergangenheit versäumt ward, in der Zukunft bis zu einem gewissen Grade wieder gut gemacht werden kann. Deshalb war es ein nützlicher Rat, wenn Graf Posadowksi mit der Mahnung an die Regierung war, schloß, sich durch Einfachheit und Sparjämigkeit wieder emporzuwerben.

Graf Roedern versicherte dem Manne, der vor langen Jahren sein Vorgänger gewesen war, daß dieser Rat ihm sehr sympathisch sei, und erklärte im übrigen, darin gleichfalls einer Anregung des Grafen Posadowksi folgend, daß in Zukunft die Steuerveranlagungen vor den Kommunalorganen, den Landräten usw. abgestimmt werden sollen. Ein läblicher Vorschlag. Aber werden die Herren von der Rechten nun nicht wieder muten, daß vom Reich ein Eingriff in die preußischen Gerechtsamen versucht würde? Hinterher wurde es mit dem Abgang ernst. Herr Vogtherr, einer der Unimpatthabiten aus der Oberschicht der Unabhängigen, erging sich in rednerischen Ausschweifungen.

Dann hatte noch einmal ein Pole, Herr von Trampezniki, das Wort. Und nun entwickelte sich vor dem Auseinandersetzen noch eine regelrechte Polendebatte. Herr von Trampezniki war um einige Schallierungen milder, als neulich Herr Stochel, aber er war doch noch ganz Stroll und Verbißtung und mußte sich zuerst vom Unterstaatssekretär Lewald, später von Herrn Feindrich sagen lassen, daß seine und seiner konstitutionellen Art, die polnischen Dinge zu schildern, höchst einzigartig sei, daß sie insbesondere das Kongresspolen angeht, nur ein Auge habe für die Härten, die jede Okkupation notwendigerweise mit sich führen müsse, daß ihnen aber jedes Wort der Anerkennung auf den Lippen erfüllte angesichts der vielen Hochstifts und Vogtstiften, die diese viel geholtene deutsche Verwaltung dem Lande doch unter allen Umständen gebracht hat. — In persönlichen Bemerkungen klang die Aussprache aus, friedlicher im ganzen, als man nach dem Abgang am Montag hatte befürchten müssen. Ob es nur ein Erholungsfazit ist, wird die nächste Zeit lehren. Ein zweites hat das Plenum ruhig. In der nächsten Woche wird nur die Hauptratschau folgen, erst am 12. März wird die Vollversammlung ihre Arbeit wieder aufnehmen.

Fortschreibung aus der gestrigen Abend-Ausgabe)

Graf Posadowksi fortfahren:

Ist es richtig, in einer solchen Zeit noch die Tilgung der Reichsschulden zu beschließen, indem man den bestehenden Kläffen, die doch des Wirtschaftslebens aufrecht erhalten sollen, einen Teil ihres Vermögens in überreicher Weise zu entziehen versucht? Eine Finanzverwaltung, die diese Wege gehen würde, würde sich selbst den Weg zum Wiederaufbau des Wirtschaftslebens verstellen (Sehr richtig!) Ist denn überhaupt eine so schnelle Tilgung nötig? Nach vor wenigen Jahren haben deutsche Staatsangehörige an Kriegsschulden und Kontributionen aus der napoleonischen Zeit abtragen müssen (Hört, hört!) Wir alle hoffen ja, daß es in absehbarer Zeit nicht wieder zu einem solchen Kriege kommt, daß wir viele Staatsmänner finden werden, die das Staatschiff so zu seilen verstehten, daß wir in ein solches Ereignis nicht wieder hereinkommen. Aber wenn wir das hoffen, dann haben wir gar nicht möglichs die Kosten, die wir uns in einem solchen Kriege haben unterlegen müssen, in verhältnismäßig kurzer Zeit zu tilgen.

Dazu können wir dem deutschen Volke Jahrzehnte Zeit lassen. (Sehr richtig!) Mancher weist auf die Kriegsgewinner. Gewiß sind jetzt mit einer Schnelligkeit, die vom wirtschaftlichen und sozialen Standpunkt zu beklagen ist, große Vermögen erworben worden. Man hat Vieles bewilligt, über die der Empfänger selbst erstaunt war. (Sehr richtig!) Genügt war es für eine angenehme Überprüfung, über man kann sich des Eindrucks nicht erwarten, daß vielfach Personen schwerwiegende Verträge abgeschlossen haben, die der Sache nicht gewachsen waren. (Allzeitige Zustimmung.) Auch mit dem Kriegsgewinner wird der Prozentsatz der hohen Steuererträge noch wie vor gering sein, und außer bei den höchsten Erfassung der Vermögen und Einkommen werden nicht die Mittel aufgebracht werden können, die wir jetzt brauchen. (Sehr richtig!) Deshalb werden wir zu Monopolen greifen müssen. Ich bin kein Freund von Monopolen. Shakespear sagt einmal, daß die Not wunderliche Verbündeten zusammendringt, und selbst Gegner der Monopole müssen sich heute darüber klar sein, daß wir ohne Monopole und ohne indirekte Steuern die Kosten nicht weiter tragen können.

Es wäre gut, wenn ich der Reichsbaufaktor einmal mit den Finanzministern der Einzelpaaten darüber beraten würde, wie die Steuerertragung in den Einzelpaaten zu verbessern ist. (Sehr richtig!) Man steht ja manchmal vor einem Rätsel: Man sieht Personen, die großen Zuspruch treiben, aber ihre Steuern auf Grund von einer Steuerfreiheit errichten, daß man einfach statt ist. Ja, es gibt Personen, die es für zum Gewebe gemacht haben, Steuererklärungen aufzustellen und Steuerbeschwerden einzulegen. (Hört, hört!) Nun ist der Vorschlag gemacht worden, die direkten Steuern auch für das Reich in Anspruch zu nehmen. Ich würde das für einen Fehler halten. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Ich habe es nicht für richtig gehalten, daß man die großen Gewinne, die mittelbar oder unmittelbar aus dem Kriegsgeschäft erzielt worden sind, steuertechnisch ebenso behandelt hat wie die Vermögensvermehrung aus anderer Quelle. Wir haben doch in Deutschland eine große Mittelschicht, die durch Sparjämigkeit und zurückhaltendes Leben ihr Ziel darin sieht, allmählich ein Vermögen anzusammeln, damit auch Kinder und Nachkommen in ihrer sozialen Stellung leben können. Daß man die Vermögen dieser Personen nach dem gleichen Maßstab besteuert wie die phantastischen Kriegsgewinne, halte ich für falsch. (Lob, Zustimmung.) Man hat eine solche Trennungsteuer technisch für unmöglich erklärt. Ich kann dem nicht zustimmen. In einer Zeit, in der man jedes Geschäft unter die Lupe nimmt, muß es auch möglich sein, zu unterscheiden, woher eine Vermögensvermehrung stammt. Man zeigt ja mit Finger auf die Leute, die die großen Gewinne gemacht haben. Die Steuerbeschwerden sollen sich nur richtig umgrenzen. Ich muß hier einer Fabel entgegenstehen, nämlich der Behauptung, wir hätten im russisch-japanischen Krieg Russlands Notlage ausgenutzt, um von Russland einen Handelsvertrag zu erpressen, der die russische Wirtschaft schwer geschädigt hat. Das ist falsch. Der russische Unterhändler Wille war ein viel zu kluger Mann, als daß er sich hätte überreden lassen. Aber diese Behauptung ist weiter nichts als eine russische Falle, bestimmt, in Russland Erregung gegen Deutschland zu verbreiten. In Artikel 2 des jetzt mit Russland abgeschließenden Friedensvertrages sind die Bestimmungen über die Demarkationslinie enthalten für einen westlichen Teil des ehemaligen russischen Reiches. Das übrige Russland aber bleibt doch bestehen. Man müßte nun annehmen, daß die gegenwärtige russische Regierung ganz selbstverständlich auch für die Schulden aufkommen müßte, die ihre Vorgänger aufgenommen haben und die den Bewohnern Russlands zugute gekommen sind. Aber dieser Grundsatz scheint der gegenwärtigen russischen Re-

gierung höchst unsympathisch zu sein. Sie hat ein sehr einfaches Mittel angewandt, um sich ihm zu entziehen. Sie hat sämtliche Schulden und alle Garantien für aufgehoben erklärt. Für ein sehr schönes Mittel kann ich das nicht halten. (Sehr richtig!) Wenn eine Regierung in dieser Weise sämtliche Verpflichtungen einfach vernichtet, so ist ein Vertragsabschluß mit ihr so gut wie unmöglich, da man nicht weiß, ob eine ihr folgende Regierung es nicht ebenso wieder macht. Wir sind nun Russland gegenüber in der glücklichen Lage des Siegers. Forderungen und Jusgärdnisse in einem Friedensvertrag stehen jetzt im Gleichgewicht mit den militärischen Erfolgen, und zwar genau so, wie die Flüssigkeiten in zwei kommunizierenden Röhren. Das letztere ist ein physikalischer Satz, das erste ist ein kriegstechnischer Grundsatz, der in allen Seiten gegolten hat und der besagt, daß man in einem Frieden nur so viel Zugeständnisse erhalten kann, wie man Erfolge mit den Waffen errungen hat. (Sehr richtig! rechts.) Keine Rede kann das aus der Welt schaffen. Deshalb haben wir es jetzt Russland gegenüber in der Hand, die Rechte der deutschen Gläubiger zu vertreten, und ich möchte an die Regierung die dringende Aufrüderung richten, mit aller Kraft dafür zu sorgen, daß die Rechte der deutschen Gläubiger in jeder Weise gewahrt werden. Das wichtigste steht nach dem Reichskanzler und seinem Stellvertreter, es hat jetzt der Reichsbaufaktor, denn seine Pflicht ist es, dafür zu sorgen, daß unser Wirtschaftsschicksal wieder gepräst wird.

eine weise Finanzpolitik

wieder aufgerichtet wird. An manchen Stellen hat man jetzt den Eindruck, daß die Begriffe der Summen sich einigermaßen verschoben haben, eine stille heimliche Folge der geduldigen Rolenpresse. Das muß aufhören. Wir müssen mit äußerster Sparjämigkeit vorgehen. Für einen Mann, der öffentliche Gelder verwaltet, gibt es keine Summe, die klein genug wäre, um nicht sparsam umzugehen. (Lob, Zustimmung.) Das muß der Leiter des Reichsbaufaktors sein. Man darf wohl auch darauf verweisen, daß absolute Regierungen unendlich sparsamer gewirtschaftet haben, als durch Parlament konstruierte Regierungen. (Sehr richtig! rechts.) Daran sollte der Reichstag, der an den gegenwärtigen Zuständen nicht ganz unschuldig ist, denken. Das deutsche Volk hat sich durch Einfachheit und Sparjämigkeit immer wieder emporgearbeitet. Diesen Weg müssen wir auch diesmal wieder gehen, dann werden wir unsere Wunden heilen und wir werden wieder die alte Stellung in der Welt eingenommen. (Sehr richtig!)

Schatzsekretär Graf Roedern:

Die leichten Worte des Vorredners kann ich nur unterschreiben. Bei jeder Aussage werden wir uns immer zu fragen haben: Wie belastet den Steuerzahler? Nur äußerst häufig hat man die täglichen Ablegausgaben zum Vergleich herangezogen. Man hat gesagt: Das ist ja ein halber Tag oder ein vierter Tag Kriegsdauerausgaben. So dürfen wir denn doch nicht rechnen. (Zustimmung.) Ich will dem Vorredner nicht in eine allgemeine Steuerdebatte folgen. Ich glaube, dieses sei durch füllschwiegendes Übereinkommen der Parteien bis zur Einbringung der neuen Steuerverordnungen verschoben. Graf Posadowksi hat gefragt, ob eine Reihe von Veröffentlichungen auf steuerlichem Gebiete sich des amtlichen Wohlwollens erfreuen oder nur rein private Arbeiten sind. Das Reichsbaufaktor hat diesen Veröffentlichungen inwendliche Förderung nicht gewährt, dagegen haben wir ein gewisses platonisches Wohlwollen dafür, daß diese Fragen überhaupt behandelt werden. Für

die Steuerertragung in den Einzelpaaten besteht ein starkes Interesse des Reiches, da die Einzelpaaten ja die Wehrsteuer, die Wehrsteuer und die Kriegssteuer veranlagt haben. Daß bei der Konstruktion der Veranlagungsbehörden manche Differenzen vorhanden sind, ist zweitessig, es besteht aber das Bedürfnis, die Steuerertragungen von den kommunalen Organen, den Landräten usw. abzutrennen. Ich habe mir aus sämtlichen Einzelpaaten und sämtlichen städtischen Regierungsbezirken die Resultate für die Veranlagung zur Kriegssteuer vorlegen lassen. Gewiß sind da Differenzen vorhanden; doch aber diese neuen Veranlagungen mit weniger als der Hälfte des Beamtenpersonals wie im Frieden geleistet werden könnten, das möchte ich, auch an dieser Stelle meinen Dank aussprechen. Der Herr Vorredner hat dann Wege gewiesen, wie man die Kriegsgewinne er etwas leichter erzielen könnte. Ich kann mich mit dem in vorjährigen Jahren schon eingehend mit der Lösung dieser Frage beschäftigt, und sie wird zweitessig auch als einer der ersten bei dem weiteren Ausbau der Kriegssteuer zu prüfen sein. Ob die Lösung aber gelingt, dahinter möchte ich dann doch ein großes Fragezeichen machen. Die Frage ist nicht so einfach zu klären, wie der Vorredner gemeint hat. Eine Menge von indirekten Gewinnen, die der Aktionäre usw. macht, sind sehr schwer zu verfolgen.

Abg. Vogtherr (Unabh. Soz.):

Das deutsche Ultimatum ist nicht geeignet, einen Zustand von Frieden und Freundschaft mit Russland zu schaffen. Bei dem Friedenstreit streiten sich bereits Deutschland und Österreich um den Raum. Die Interventionsschlacht, die wie jetzt im wehrlosen Russland führen, dienen nur den bestehenden Kräften der umstrittenen Gebiete. In Litauen haben wir keine moralischen Erbiderungen gemacht. Die Litauer ziehen sich nach Russland zurück. Die Wahrschafft läßt man uns nicht wissen.

Die Volkslandespartei

erstellt eine blutkränzige Propaganda durch Ansichtskarten gegen das Ausland. Wir sind heute mit Haut und Haaren an die Militärfäuste verkaufen. Wir streben eine verdeckte Kriegspolitik. (Vizepräsident Doe ruft den Redner zur Ordnung.) Daß wir uns mit der äußersten Redten gegen die Friedensentschließungen aus ganz verschiedenen Gründen zusammengefunden haben, weiß jedes politische Kind, weiß also auch der Abg. Dr. Wiener (Reichsbaufaktor rechts). Je tiefer man in die Verbrecherhölle des großen Kapitalismus hineinleuchtet, um so mehr gehen dem Volke die Augen auf. Der Reichskanzler selbst läßt sich Lebensmittel aus Bayern kommen und übertritt damit das Gesetz.

Vizepräsident Dr. Paasche (unterbrechend): Sie dürfen dem Reichskanzler nicht vorwerfen, daß er Gesetzesübertretung begeht. (Zustimmung.)

Abg. Vogtherr (Unabh. Soz.) (fortfahren): In Swinemünde sind ein Admiral und ein Kapitäneleinander, die die Schiffe aus Konterbande zu untersuchen haben und sich Lebensmittel aneignen, die auf den Schiffen für den Marinekrieg beschlagnahmt werden. Mit Dienstfahrtengängen werden Späher und Hanftransporten vorgenommen, auch Zollhinterlebungen kommen in Frage. Es ist ein unerhörter und schamloser Schlechthandel.

Vizepräsident Dr. Paasche (unterbrechend): Sie haben das Material erst vor 2 Tagen dem Herrn Staatssekretär übermittelt und hältt seine Antwort erst abwarten sollen.

Abg. Vogtherr (Unabh. Soz.): Nicht vor 2 Tagen, sondern vor neuen Tagen habe ich Ihnen das Material in eingehenderem Brief zugehen lassen. Er batte also die Möglichkeit, sich zu erkennen, ob er zunächst im Hauptausschuß darauf eingehen will. Ich habe also losgelöst gehandelt als der Herr Staatssekretär, der uns am 9. Oktober mit seinen Anklagen hier überfallen hat. Wir müssen mit dieser Michaelis-Capelle-Wirtschaft aufzuräumen. Der Fall Dittmann sollte dem Reichstag zu denken geben. Ein wildgewordener General kann durch Verhaftung militärischer Volksverteidiger den Reichstag destruieren. (Vizepräsident Dr. Paasche ruft den Redner zum zweiten Male zur Ordnung.)

Generalmajor von Weisberg:

Auf die persönlichen Angriffe gegen den Generalobersten v. Kessel gebe ich nicht ein, da er sich dadurch nicht getroffen fühlen wird. Es ist Pflicht des Militärbürokraten und auch des Oberkommandos in den Märkten, in schwierigen Verhältnissen für Ruhe und Ordnung zu sorgen. (Plausche bei den Unabh. Soz.) Der bei der Durchführung der Neugaben entstehende Schaden fällt auf die Diensthabenden zurück. Von Schaden ist keine Rede. Die kommandierenden Generale befolgen die allgemeinen Richtlinien, ohne Unterschied zwischen den Parteien zu machen. (Plausche bei den Unabh. Soz.) Die Generale werden sich von der Erfüllung ihrer Pflicht auch durch Bekleidungen nicht abhalten lassen.

General Scheuch:

Der Vorredner hat außerordentlich verdienstvolle Frauenorganisationen angegriffen. Durch seine Kritik werden sie sich

hoffentlich nicht beeinflussen lassen. Namens der Heeresleitung möchte ich aber unserer Dank für die außerordentliche Fürsorge aussprechen, die sie gegenüber den Bedürfnissen der arbeitenden Frauen ausgeübt haben. (Zustimmung rechts.) Durch Eintritt in die militärischen Betriebe haben sie eine vorbildliche Tätigkeit geleistet. (Zuruf bei den Unabh. Soz.: "Sollheldenstet!") Der Vorredner hat dann die falsche Behauptung wiederholt, in den militärischen Betrieben stehe der Unterschied zwischen Lohn und Löhnung in der Tasche des Arbeitgebers. Ich habe bereits früher erklärt, daß ich eine Regelung angeordnet habe, die allen gerechten Anforderungen entspricht. Schließlich hat der Vorredner behauptet, der leichte Streik habe den Heeresleistungen nicht geschadet. Auch das ist falsch. Jede Arbeits einschränkung beeinträchtigt den Heeresbedarf, vermindert Geschäft- und Munitionszuflüsse für die Front und die Herstellung der zum Heeresbedarf notwendigen Zwischenprodukte. Jeder Streik schadet; darüber besteht kein Zweifel. Der Vergleich mit der Stilllegung aus Kohlemangel hinkt.

Kapitan Brüningshaus:

Obwohl der Vorredner kein Material dem Reichsmarineamt zur Prüfung überlässt, ist er an die Sache selbst eingegangen und hat schwerwiegende Vorwürfe gegen verschiedene Offiziere erhoben. Dagegen müssen wir Verharrung einlegen. Das Reichsmarineamt hat das ziemlich umfangreiche Opus, das obenstein anonym eingegangen ist, beim besten Willen noch nicht durcharbeiten können. Die Sache ist zum zuständigen Kapitän übergeben worden. Es ist eine eingehende Untersuchung angeordnet worden. Wenn an der Sache etwas ist, wird unbedingt eingehend eingehandelt werden.

Abg. v. Trampezniki (Pole):

Die Befreiung der Polen ist keine beabsichtigte, sondern eine unwillige Folge der Niederwerfung des russischen Reiches. Deutschland hat genau Feinde, es kann nicht vertragen, noch ein weiteres Polen von 20 Millionen zum Feinde zu haben. Gerade in der polnischen Frage zeigt sich, daß es in Deutschland zwei Regierungen gibt, die nicht durcheinander, sondern häufig auch gegenüberliegender Polen wird schlechter behandelt, als ein feindliches Land. Die polnischen Arbeiter daten in Deutschland in volksethisch wütiger Weise zurückgehalten. Die Verwaltung von L.-Off. ist geradezu polenfeindlich.

Unterstaatssekretär Dr. Lewald:

Es ist charakteristisch für den Vorredner, daß er immer nur Klagen und Beschwerden vorbringt, aber nie als das Positive erläutert, das wir für Polen getan haben. Bei ihrem Einnahme in Polen fanden die deutschen Truppen im Generalgouvernement Warschau keinen einzigen Beamten polnischer Jungs,

von Selbstverwaltung war keine Rede. Nur in einigen größeren Städten waren beständige Verluste mit Bürgerhäusern gemacht worden. Wir haben eine ungeheure Kulturarbeit geleistet. Polnische Lehrkräfte sprechen jetzt in Polen Reich, die Selbstverwaltung nach deutschem Muster ist in den Kreisen und Städten eingeführt. polnische Schulen sind eingerichtet, ebenso eine polnische Hochschule. Auf dem Sektor gebiet konnte das Land ohne die Deutschen gut auskommen, da kein vorgebildetes Personal vorhanden ist. Man darf auch nicht vergessen, daß wir vorgebildetes Personal vorher überstellt. Weile Schülern hängen mit dem Herzen an Russland. Nach genauen Feststellungen ist die Zahl der sich in deutschen Konzentrationslagern befindlichen Polen sehr gering. Selbstverständlich kennen wir nicht Elemente frei lassen, die doch nur Karriere rüsten würden. Auf die polnischen Arbeitskräfte können wir nicht verzichten. Für die Abholzung politischer Wälder wird Entschädigung geleistet. Im Interesse des Weltbewerbs deutscher Fabriken werden in Polen keine Fabriken stillgelegt.

Abg. Gehrenbach (Btr.):

Die Kriegsnotwendigkeiten müssen auch in Polen Platz greifen. Das heutige Königreich Polen war feindliches russisches Land. Ein großer Teil der Bevölkerung war von russischem Geiste erfüllt. Was hat die Behandlung der Polen in Preußen, was die Kriegsergebnisse im jungen Königreich Polen, was haben diese Dinge mit dem Ukraine-Vertrag zu tun? Die Silesia-Lothringen waren trotz mancher Beschwerden nicht so leicht, sie haben Manz für Mann für den Ukraine-Vertrag gestimmt. Der Abg. Stochel hat das Stenogramm seiner Rede in wesentlichen Punkten gemildert.

Abg. Stochel (Pole): Sachlich habe ich nichts geändert. Wenn Änderungen vorgenommen sind, so deswegen, weil ich der deutschen Sprache nicht so mächtig bin.

Vizepräsident Dr. Doe: Hier liegt ein Mißverständnis vor. Zwei andere polnische Herren hatten so weitgehende Änderungen vorgenommen, daß das Stenogramm des Bureau des Reichstages mit die Stenogramme nicht übereinstimmen.

Abg. Vogtherr (Unabh. Soz.): Bei den militärischen Betrieben steht das Gold in die Tasche des Militärfäustus. Das ist ebenso schamvoll, als wenn es unternehmer erhielten. Die Arbeiter erhalten in beiden Fällen nichts.

Vizepräsident Dr. Doe: Hier liegt ein Mißverständnis vor. Zwei andere polnische Herren hatten so weitgehende Änderungen vorgenommen, daß das Stenogramm des Bureau des Reichstages mit die Stenogramme nicht übereinstimmen.

Abg. Vogtherr (Unabh. Soz.): Das ist ja eine ganz neue Methode; wir brauchen überhaupt nichts zu fragen.

General Scheuch: Das Gold steht auch nicht in die Tasche des Militärfäustus. Das wird auch nur gelöst, um eine Schwachheit für die Militärvorwaltung behaupten zu können.

Damit schließt die Aussprache. Die erste Leitung des Reichshaushaltspolitischen ist damit erledigt.

Der Reichshaushaltspolitiker wird den Haushalt überreichen.

Abg. Dr. Müller-Melningen (Fortschr. Opt.): beantragt, die Verteilung über die Änderungen der Reichstagswahlkreise

Gesamtkont. des 2. März: **Neues Operettentheater**, Vorauf 244.
Die Rose von Stambul.
 Operette in drei Akten von Julius Weinberg und Alfred Grunwald.
 Musik von Leo Fall. In Spanien gespielt von Oberstaatskapellmeister Julius Kapellmeister Otto Simbeck.
 Gespielt am 2. März.
 Solche: W. Püttgen
 Rosina: G. Stolz
 Tante: M. Schäfer
 General-Mat. M. Gross
 Wanda: E. Weiß
 Schneider: J. Krautwurst
 Gen. Preisse: G. Lohr
 Schneider: Gustav, soeben 10 Uhr: Verschönerungskabinett (Kabin. 2. Mat.): Die Rose von Stambul, Untergang 10 Uhr.
 Sonnabend, 2. März: **Leipziger Schauspielhaus**, Vorauf 200.

Franz Hollé über Goldmarie und Pechmarie.
 Abends 1/2 Uhr: **Einsame Menschen.**

Drama in fünf Akten von Oscar Hartmann.
 In Spanien gespielt von Otto Simbeck.
 Gespielt am 2. März.
 Solche: G. Wöhrel
 Gen. Oberst: S. Döhl
 Mann: W. Reichenbach
 Johann: W. Döhl
 Schuster: G. Winterberg
 Käthe: G. Winterberg
 Max: A. Engelbrecht
 Anna: G. Winterberg
 Max Wahl: G. Winterberg
 Peter Roth: J. Donat
 Der Herr Handlung: Schauspieler bei Berlin.
 Paul und seine kleinen Söhne.
 Drehbuch und Justizkarten haben Gültigkeit.
 Gem. Preise: Kassenöffn. 7. Uhr, 1/2 Uhr gegen 11.
 Spielzeit: Sonntag, vom 11 Uhr: Vorstellung für das Kriegsamt: Die blauen Modelle vom Elberfeld. Dienstag, 13. Uhr: Blaue Modelle. Sonnabend, 14. Uhr: Die blauen Modelle vom Elberfeld. — Montag: Die blauen Modelle vom Elberfeld.

Battenberg-Theater

Sonnabend, den 2. März, abends 8 Uhr, 8. Matz:

Wie wir vergeben unsren Schuldigern.

Schauspiel in 5 Aktagen von Erich Kleinen.

nachdem 1/4 Uhr: Oberhäusler und das

Sonntag schwarz-weiße Bräderpaar.

Kartenverkauf an den Tagestischen von 10-1 Uhr

und von 1/3-5 Uhr.

Chromo-Papier- und Carton-Fabrik

vorm. Gustav Rajorck, Aktiengesellschaft,
 Leipzig-Plagwitz.

Bilanz
 vor 31. Dezember 1917.

Aktiva.	W.	M.
Grundstück-Konto	137 700	
Gebäude-Konto	518 000	
Möbel-Anlage-Konto	1	
Maschinen-Konto	810 000	
Umlaufl. Konto	15 000	
Heizungs- und Wasserleitung- usw. Anlagen-Konto	16 000	
Elektrische Licht- u. Kraft-Anlagen-Konto	40 000	
General-Waren-Konto	201 704	46
Kassa-Konto	7 627	68
Wechsel-Konto	11 220	05
Effekten-Konto (Staatspapiere)	85 700	
Kaufmanns-Effekten-Konto	5 232	
Ver sicherungs-Konto	329	60
Debitoren-Konto	520 021	84
	1 877 626	61
Bilanz.		
Akkum-Kapital-Konto	1 200 000	
Reservefond-Konto	120 000	
Dispositionss-Konds-Konto	19 888	66
Debtorene-Konto	50 000	
Pensionsfond-Konto	82 068	66
Talonsteuer-Konto	8 000	
Kreditoren-Konto	101 298	52
Rückstellungs-Konto	36 177	90
Bindungs-Konto	500	
Vortrag aus 1916	82 705,99	
Gewinn-Saldo	282 496,89	
	265 204	88
Gewinn- und Verlust-Konto		
vor 31. Dezember 1917.		
Debet.		
Reparatur- und Erneuerungs-Konto	48 238	71
Zugaben-Konto	16 304	
Akkuranz-Konto	5 008	95
General-Umkosten-Konto	188 809	69
Umlauf- und Diskont-Konto	18 915	16
Abnahmehandlungen:		
Dilektoren	20 000	
Debitorene	17 000	
Maschinen	35 024,80	
Umlaufl.	10 000	
Heizungs- und Wasserleitung- usw. Anlagen	4 000	
Elektrische Licht- u. Kraft-Anlagen	18 000	
Anlagen	90 024	80
Gewinn-Saldo zur Verfügung	265 204	88
	631 501	19
Kredit.		
Vortrag aus 1916	32 705	99
General-Waren-Konto	598 705	20
	681 501	19

Leipzig-Plagwitz, den 28. Februar 1918.

Der Vorstand.

Schulze. Bauer.

Die Dividende für 1917 ist heute durch die Generalversammlung um 9% gleich 90.— pr. Aktie festgestellt und gelangt gegen Einlieferung des Dividendencheinnes Nr. 22 von morgen ab bei der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt, Leipzig, bei Herrn Brahm & Schmidt, Leipzig, sowie an unserer Kasse zur Auszahlung.

Leipzig-Plagwitz, den 28. Februar 1918.

Der Vorstand.

Schulze. Bauer.

Zoologischer Garten Leipzig.
 Dienstag, den 26. März 1918, vorm. 10 Uhr.

im Zoologischen Garten in Leipzig.

nennschule ordentliche Generalversammlung

Tagesordnung:

1. Genehmigung des Geschäftsbüchertages und der Bilanz für 1917.
2. Entlastung des Vorstandes und des Kassierers.
3. Beleidigung über Vorstand und des Kassierers noch 8.27 Kbf. 2 des Gesellschaftervertrages.
4. Beleidigung über Genehmigung des Grundstücksaufbaus und Übertragung des Vermögens der Alten.
5. Übertragung der §§ 8 und 13 und Aufhebung des §§ 23 und 27 Kbf. 2 des Gesellschaftervertrages.
6. Rücken zum Aufsichtsrat noch § 13 des Gesellschaftervertrages.

Leipzig, den 1. März 1918.

Der Aufsichtsrat des Zoologischen Gartens.

© 1918. Verleger.

Auktionen

Versteigerung

von etwa **1½ Millionen**

roben bunten und einfarbigen Stoffseifen,
 Bildan- und Haussellen für Weltmarkt.

bereitst am

Freitag, den 15. März 1918,

vormittags 10 Uhr,

im großen Saale des Kaufmännischen Vereinshauses in Leipzig, Schulstraße 8.

Als Bieter sind nur Kaufmännerhandel, Handwarenhersteller, Handwarenverkäufer und Kürschner zugelassen, die in einem Handelsregister des Deutschen Reiches eingetragen sind und spätestens 5 Tage vor der Versteigerung ihren Handelsregisterausweis des Kriegs-Handelsregisterbeamtes übermittelt, den Bezeichnungschein der Gesellschaft vorgelegt und 10000 Kr. in bar oder deutscher Kriegssonnecke hinterlegt haben.

Nicht zugelassen werden Unternehmungen, deren Kapital zu mehr als 25 vom Hundert teindlichen Staatsangehörigen gehört. Auch die für die Sammlung von roben Bilden, Bilden und Haussellen ungewöhnlich handhabender Bieter an der Versteigerung nicht teilnehmen.

Die weiteren Versteigerungsbedingungen sind bei der unterzeichneten Gesellschaft zu erfragen.

Kriegs - Fell - Auktionsgesellschaft,
 Leipzig, Tröndlinring 3.

Drucksachen

für Handel u. Gewerbe

liefern schnell und in

bester Ausführung die

zu Buchdruckerei

Leipziger Tageblatt

Königstraße 3, Hof 2 Tr



Wirkung
Fülleraupen
Mittel

gegen
Warzen

füllig und als Pfaster.

König-Salomo-Apotheke,

Grimmaische Straße 17.

Vermischte
Anzeigen

Bücherei Ulrich "Reihe"

Pol.-Wochenschr. o. d. dem.

Kriminell. Op. Grim. Str. 24.

1918. Ermittl.

über Krt. Aug. 21. Rechtsf.

Op. Erfolge Inn. u. Ausland.

Auskunftsstelle Böhme,

Görlitzer Straße 10, Fernspr. 5194.

Freibriefkunst von 10-12.

Telephonkunst o. W. 8-10.

Regenhardt Geschäft.

Re. 1918.

Strümpfe

w. fadig, sauber angestrickt

Strümpferei Otto Hain,

Grimma. Steinweg 22

Plauenscher Str. 31 (Walden).

Tabak in Rohr

Wohlert

Raffe, Helmitz 21, Tr. C.

Export.

Strümpfe, Soden und Handtücher

Max Anger & Co., Schönau-Chemnitz 1, 6.

Werkstatt National, 3. Stock, Zimmer 127.

Astoria

Windmühlenstraße 31.

Nur noch bis Montag!

Gunnar Tolnäs

in dem Lebensbild

Die Spur der ersten Liebe

Astoria-Lichtspiele

Montag, den 4. März, abends pünktlich 8 1/2 Uhr

Sonderveranstaltung für Meßbesucher

veranstaltet vom Deutschen Verein für Sanitätshunde.

Zum Besten erblindeter Krieger.

Vorführung des im Felde aufgenommenen Filmwerkes:

Dem Licht entgegen

und Vorführung von Sanitätshunden mit Führern.

Hierach:

Preise der Plätze: Loge 6 W. 1. Rang 450,-, 1. Parkett 3 W.

2. Parkett 2 W. 3. Parkett 1 W.

Vorverkauf beim Meßamt und Astoria, Theaterbüro.

I. Vorschläge wegen lukrativer Veranlagung von Kronenguthaben

II. Haftungsübernahme für österreichische Kunden

III. Finanzierung von Lieferungen deutscher Firmen an österr.-ungar. Behörden oder Firmen

IV. Gewährung von Warenkrediten, Leistungen von Käutionen usw.

durch die

"OMNIA" Handels- u. Kreditgesellschaft m. b. H.

Berlin SW 68, Kochstraße 6/7.

##